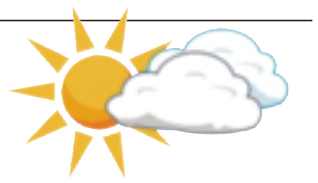
UNABHÄNGIGE ÜBERPARTEILICHE TAGESZEITUNG

Augsburger Allgemeine

Comeback mit 60
Rainhard Fendrich im großen Interview
Wochenend-Journal

Noch frisch mit 90
Der Allgäu-Schwäbische Musikbund kennt keine Nachwuchsprobleme
Bayern

Teils wolkig, 10 Grad
Nach örtlichem Frühnebel häufig sonnig
Wetter



SAMSTAG/SONNTAG, 22./23. OKTOBER 2016 AUSGABE AS | NR. 245 | 72./165. JAHRGANG www.augsburger-allgemeine.de PREIS € 2,10

Foto: Imago

Wie ernähre ich mich richtig?

Essen ist heute vielfältig und teils stark von Ideologien geprägt. Doch was empfehlen Experten? Wir haben nachgefragt und für jedes Alter und jede Lebenssituation das Rezept » Titel-Thema

Längeres Arbeiten soll sich lohnen

Bundestag beschließt die Flexi-Rente

Berlin Längeres Arbeiten im Alter soll attraktiver werden. Der Bundestag beschloss am Freitag mit den Stimmen der Großen Koalition das Gesetz zur Flexi-Rente, das reduziertes Arbeiten vor dem regulären Rentenalter ebenso erleichtert wie eine Erwerbstätigkeit darüber hinaus. Die Hinzuverdienstregeln seien einfach, transparent und flexibel, sagte der SPD-Abgeordnete Martin Rosemann in der Debatte. Bei der Umsetzung müsse „sich manches noch zurechtrütteln“. Er verwies besonders auf die neuen Möglichkeiten von Reha-Maßnahmen. Der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe in der Unionsfraktion, Peter Weiß (CDU), sagte, von der Neuregelung profitierten alle, insbesondere die Arbeitnehmer. Der Linken-Abgeordnete Matthias Birkwald kritisierte hingegen, das neue Gesetz biete keine Möglichkeit für Menschen, die krank würden oder im Niedriglohnsektor zu wenig Rentenansprüche erwerben. Linke und Grüne enthielten sich bei der Abstimmung. *(afp, AZ)* » Politik

EU-Gipfel stolpert über Wallonien

Ceta 28 Staaten von belgischer Region ausgebremst: Das Handelsabkommen mit Kanada steht auf der Kippe. Keine Sanktionsdrohung gegen Putin wegen der Luftangriffe auf Aleppo

VON DETLEF DREWES

Brüssel Dass 28 europäische Staats- und Regierungschefs das Ergebnis ihres Treffens 75 wallonischen Volksvertretern überlassen mussten, hat es noch nie gegeben. „Es laufen noch Beratungen in Belgien“ – mehr wollte Bundeskanzlerin Angela Merkel am Freitag zum Reizthema Freihandelsabkommen mit Kanada (Ceta) nicht sagen.

Nach dem ergebnislosen EU-Gipfel ließ die kanadische Handelsministerin Chrystia Freeland, die eigens nach Brüssel gereist war und direkt mit der wallonischen Regierung verhandelte, ihrer Enttäuschung freien Lauf. „Es scheint offensichtlich, für mich und für Kanada, dass die Europäische Union derzeit nicht in der Lage ist, ein internationales Abkommen abzuschließen“, sagte sie. Sie kündigte an, in ihr Heimatland zurückzureisen.

Die EU-Kommission versuchte umgehend zu retten, was zu retten ist. Von einem endgültigen Scheitern der Verhandlungen gehe man nicht aus, hieß es in Brüssel. Man halte den Verhandlungsstopp zwischen Kanada und der Regionalregierung Walloniens nicht für das Ende des Weges zur Unterzeichnung des Abkommens.

Der Ministerpräsident des wallonischen Landesteils von Belgien, Paul Magnette, hatte sich im Lauf des Freitags zur Schlüsselfigur entwickelt. „Die Frage ist: Kaufen wir die Katze im Sack?“, fragte er am Vormittag in seinem Miniparlament. Die frankophonen Belgier blieben beharrlich: Sie lehnten Ceta erneut ab. „Wenn Schiedsgerichte und nicht belgische Höfe in Streitfragen entscheiden, sind wir draußen“, formulierte Magnette. „Chlorhühner wollen wir nicht“, hieß es aus der sozialistischen Mehrheitsfraktion in der Regionalvertretung. Dabei hatten in der Nacht zuvor noch die EU-Botschafter der 28 Mitgliedstaaten einen Kompromissvorschlag ausgearbeitet, mit dem man die wallonischen Bedenken ausräumen wollte. Doch auch der wurde zurückgewiesen.

Am Schluss stand die EU am Freitag ebenso sprachlos wie ohnmächtig da. Formal, so betonte Handelskommissarin Cecilia Malmström, bleibe noch bis Montag Zeit. Dann aber sollte man der kanadischen Führung („Die müssen ja auch mal ihre Flugtickets kaufen“) schon sagen, ob der Vertrag am Donnerstag wie geplant in Brüssel unterzeichnet werden kann – oder nicht. Am Wochenende will man weiter verhandeln.

> **„Es scheint offensichtlich, für mich und für Kanada, dass die Europäische Union derzeit nicht in der Lage ist, ein internationales Abkommen abzuschließen.“**
> Kanadas Handelsministerin Chrystia Freeland

Die Stimmung der Staats- und Regierungschefs hatte sich schon in der Nacht zum Freitag verschlechtert. Bis zum Aperitif waren sich die meisten einig, dass man Russland mit Sanktionen drohen solle, um die Luftangriffe Moskaus auf die syrische Stadt Aleppo einzudämmen. Doch dann kippte die Stimmung, nachdem zunächst Ungarn und Griechenland sowie schließlich auch Italiens Premier Matteo Renzi umgefallen waren und Kremlchef Wladimir Putin lieber nicht reizen wollten.

Am Ende fand man einen nichtssagenden diplomatischen Kompromiss: Falls die Luftangriffe weitergingen, werde man sich „überlegen, was tun wir jetzt“, wie es die Kanzlerin ausdrückte. Selbst die sonst auf Ausgleich bedachte deutsche Regierungschefin meinte nach dem Treffen, sie hätte „eine schärfere Formulierung vorgezogen“.

„Ich nehme keine der Optionen vom Tisch“, sagte Merkel. Die EU sei sich einig, dass alle verfügbaren Optionen genutzt werden müssten, falls die Situation anhalte. Dies sei „das Minimum dessen, was man erreichen konnte. Dennoch sind die Weichen gestellt, dass wir nicht einfach tatenlos zuschauen, wenn sich die humanitäre Lage und die Verletzungen der Rechte dort nicht verändern.“

Merkel sagte, die Erfahrung der vergangenen Tage zeige, „dass wir leider nicht von positiven Entwicklungen ausgehen können“. *(mit dpa)* » Kommentar und Politik

Gewaltbereite Zelle der Reichsbürger?

Augsburg Nach den tödlichen Schüssen eines „Reichsbürgers“ auf einen Polizisten in Mittelfranken prüfen die Sicherheitsbehörden nun den Verdacht eines gewaltbereiten Netzwerks in der Bewegung. Nach Recherchen unserer Zeitung sind die Ermittler auf Verbindungen zwischen den beiden Männern gestoßen, die in jüngster Zeit auf Polizeibeamte geschossen haben. Wolfgang P., der Täter von Georgensgmünd, soll Kontakt zu dem ehemaligen „Mister Germany“, Adrian Ursache, gehabt haben, der Ende August in Sachsen-Anhalt auf Beamte eines Spezialeinsatzkommandos geschossen hat. Auch Ursache bekennt sich zu den Reichsbürgern und hatte auf seinem Grundstück einen eigenen Fantasiestaat ausgerufen. *(hogs)* » Bayern

Weihnachten mit der Puppenkiste

Unterhaltung Die Augsburger Stars an Fäden kommen neu ins Kino

VON ALOIS KNOLLER

Augsburg Sonntags gleich nach dem Mittagessen gab es nur eins: vor den Fernseher kuscheln und Augsburger Puppenkiste gucken. Selige Erinnerung an eine deutsche Kindheit: Vierzig, fünfzig Jahre ist das her. Im Advent 2016 geht’s dazu ins Kino: Die Weihnachtsgeschichte, gespielt mit Marionetten in der typisch augenzwinkernden Puppenkiste-Manier, wird an vier Sonntagen und zum Teil auch am Heiligen Abend über die Leinwand flimmern.

„Die Kinobetreiber sind ganz wild darauf“, weiß Klaus Marschall, der Theaterleiter. Über 210 Häuser in ganz Deutschland werden die Aufzeichnung des einstündigen Stücks zeigen. Die Dreharbeiten hat Produzent Fred Steinbach gestern in Augsburg abgeschlossen – vor Publikum vom Fünfjährigen bis zum Fünftklässler. Klaus Marschall hatte schon vor Jahren die Idee, die Weihnachtsgeschichte originalgetreu auf die Bühne zu bringen. Mit Maria und Josef, Ochs und Esel, Engel und Hirten. Auf der Bühne agiert eine multikulturelle Gesellschaft: König Melchior ist Österreicher, schwäbische und französische Klänge mischen sich ein. Erzengel Gabriel redet Jiddisch und verpatzt jedes Mal seine Landung und das freche Eselchen Noël begleitet die Heilige Familie nach Bethlehem. Die Tiere können sprechen und sind wieder einmal weiser als die Menschen. Wie damals Kater Mikesch, Löwe und Urmel.

Jim Knopf und Lukas der Lokomotivführer kommen auch wieder ins Kino. Allerdings real verfilmt mit Schauspielern wie Henning Baum, Annette Frier und Uwe Ochsenknecht. Die Puppenkiste ist kein bisschen von gestern – und der Sonntag wird wie früher.

Verschleierung wird für Beamte verboten

Berlin Die Bundesregierung will einem Medienbericht zufolge Beamten die Verschleierung des Gesichts verbieten. „Offene Kommunikation ist prägend für das Zusammenleben in einer freiheitlich demokratischen Gesellschaft“, zitierte das Magazin *Spiegel* am Freitag aus einem Referentenentwurf des Bundesinnenministeriums. Wer sein Gesicht verberge, schränke die „Möglichkeiten des Kennenlernens und des Einschätzens der Persönlichkeit“ stark ein. Der Entwurf sieht demnach auch vor, dass verschleierte Frauen ihr Gesicht zeigen müssen, wenn ihre Identität festzustellen ist, etwa bei Passkontrollen, vor Gericht oder in Wahllokalen. Der Gesetzentwurf wird derzeit zwischen den Ministerien abgestimmt. *(dpa)*

Blickpunkt Lokales

Ratsbegehren fürs Theater?

Bei der Stadt gibt es offenbar Überlegungen, dem Bürgerbegehren zur Theatersanierung ein Ratsbegehren entgegenzusetzen. Entscheiden würde dies der Stadtrat.

Kommentar

VON DETLEF DREWES

» dr@augsburger-allgemeine.de

Wankelmütiges Europa

Für ein paar Stunden sah es so aus, als habe die EU ihre Stärke und Geschlossenheit wiedergefunden. Doch die Angst, Russland zu verärgern, ließ die 28 Staats- und Regierungschefs einknicken. Kein mutiges Signal in Richtung Moskau, die unmenschlichen Angriffe auf Aleppo einzustellen.

Wie unfassbar der Zickzack-Kurs der EU-Chefs ist, zeigen die nächtlichen Worte der Kanzlerin: Falls die Angriffe in Syrien gegen die Zivilbevölkerung in der bisherigen Intensität fortgesetzt würden, „dann ist das schon ein Grund, sich zu überlegen, was tun wir jetzt“. In Aleppo sterben jeden Tag Hunderte unter Fassbomben und im Geschützfeuer. Und die EU will erst noch ein bisschen zusehen und erst dann überlegen?

Es ist das Bild einer verzagten, ja sogar handlungsunfähigen Union. Dieser Eindruck wird noch verstärkt durch die Unfähigkeit, den Ceta-Streit zu lösen. Es ist keine Frage, dass es der Respekt vor der föderalen Verfasstheit eines Mitgliedstaates gebietet, auch das Votum eines Regionalparlamentes zu akzeptieren. Aber dieser Protest war nicht überraschend, sondern abzusehen. Allerdings kümmerte sich niemand ernsthaft um die Bedenken der wallonischen Volksvertreter – dafür steht nun die gesamte Union als unzuverlässiger Verhandlungspartner da.

Auf einen Blick

Redaktion

Augsburg	33–48	Politik	4–6
Bayern	9–11	Rätsel/Sudoku	15
Fernsehen	V8	Roman	22
Feuilleton	17	Sport	25–27
Feuilleton regional	32	Sport regional	28–30
Hilfe in Notfällen	37	Wetter	22
Panorama	15–16	Wirtschaft	7–8

Anzeigen

Baumarkt	24	Mietmarkt	V28–V29
Bekanntschaften	ab V30	Reisemarkt	31
Geldmarkt	V24	Tiermarkt	V24
Geschäftsverbind.	V24	Traueranzeigen	38–40
Immo-Börse	V25–V27	Unterricht	21
Job-Börse	V9–V15	Veranstaltungen	20–21
Kino	20	Verkäufe/	
Kfz-Börse	V17–V21	Kaufgesuche	V21–V23
Kunsthandel	V23	Verschiedenes	31

Kontakt

Redaktion Tel. (0821) 777-0
Fax (0821) 777-2067
redaktion@augsburger-allgemeine.de

Anzeigen Tel. (0821) 777-2500
Fax (0821) 777-2585
anzeigen@augsburger-allgemeine.de

Abo-Service Tel. (0821) 777-2323
abo@augsburger-allgemeine.de

60042
4 190139 702107